**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 14 (1934-1935)

**Heft:** 10

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

einen Begriff zu bekommen von seiner Aufgabe, seiner Kraft, seinem Geist." Klingt das nicht wie das Motto zu dem ganzen Beginnen? Schließt es aber nicht auch eine Berpflichtung in sich?, nämlich die, dafür zu sorgen, daß sich unsere junge Auslandsgeneration mit frohem Herzen zu ihrer Heimat bekennen darf.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Die Zickzackpolitik unserer Sozialisten in der Landesverteidigungsfrage. / Die Schweizer Presse im Saarkampf.

Am 26. und 27. Januar hatte in Luzern der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Beschlüsse zu fassen, die für die Zukunst der Partei von allergrößter Bedeutung sein werden. Im Vordergrund stand die Beratung eines neuen Parteiprogrammes, und hier wiederum war es vor allem die Landesverstatt eidigungs frage, die die Geister schied. Seit dem Parteiprogramm von 1917 hatte bekanntlich die sozialistische Partei die Landesverteidigung abgelehnt. Im Programm der S. P. S. von 1920 heißt es:

"Das Heer wird zur Unterdrückung des Proletariates gebraucht." — "Das Proletariat, das den Menschenmord haßt und verabscheut und Krieg und Verbrechen aus der Welt schaffen will, wird stets nur gezwungen zu den Mitteln politischer und militärischer Gewalt greifen, und zu dem ausschließe lichen Zwecke, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die Ansgriffe der ehemals herrschenden Klassen und ihrer Söldlinge zu verteidigen."

Seither hat die S. P. S. je und je in den eidgenöffischen Räten Militarvorlagen und das jährliche Militärbudget abgelehnt. Dann trat die große Wendung ein mit der Machtergreifung hitlers in Deutschland vor zwei Jahren und dem Untergang der deutschen Sozialdemokratie. Zu den Genossen, die schon immer im Grunde ihres Herzens die Notwendigfeit einer Landesverteidigung einsahen und bejahten, gefellten sich nun auch zahlreiche Bekehrte, wie z. B. der Fraktionspräsi= bent im Nationalrat, Dr. Arthur Schmid, der noch vor fünf Jahren in einer kontrabiktorischen Bersammlung in Gränichen gegenüber Bundesrat Minger die Landes= verteidigung verworfen hatte. Die Angst vor dem Fascismus hat nun urplößlich die seltsame Bekehrung so mancher sozialistischer "Führer" zur Folge gehabt. Sie seben nun mit einem Mal ein, daß die schweizerische Demokratie und ihre Freiheiten doch auch verteidigenswerte Güter seien, die es zu schützen gelte gegenüber drohenden Angriffen "brauner Horden". "Ich bin der Meinung, daß die Ideen der Freiheit und Menschlichkeit . . . verteidigt werden muffen. Ich bin der Meinung, daß man Die Gewalt in den Dienst des Abwehrkampfes gegen den auswärtigen Fascismus ftellen muß." — "Die Gewalt kann auch im Dienste der Kriegsverhinderung stehen" (Arthur Schmid).

Aus solcher Einstellung heraus wurden die Thesen für ein neues Parteiprogramm aufgestellt, die vom Parteivorstand mit 39 gegen 13 Stimmen gutgeheißen wurden. Sie lauten in Bezug auf die Landesverteidigung:

"Bur Abwehr brohender Gefahren fascistischer Gewaltangriffe und zur Bahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für

die staatliche Selbständigkeit bildet, anerkennt die S. P. S. die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der nach den geschichtlichen Bedingungen und den politischen Berhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörpe-rung sindet und, um seine Aufgabe ersolgreich zu erfüllen, von dem Willen einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein muß. Für eine solche Wehr ist die S. P. S. zur Versügungstellung der erforderlichen Mittel bereit."

Diesem Mehrheitsantrag stand im Parteivorstand ein Minderheitsantrag Schneider gegenüber, der noch immer die Landesverteidigung ablehnt. Auch ein Gegenentwurf der religiös-sozialen Richtung ist gegen die Landesverteidigung, und anerkennt lediglich eine Grenzbewachung mit Polizeikräften.

Am Luzerner Parteitag wurde nun mit großer Mehrheit beschlossen, den St. Galler Gegenentwurf abzulehnen und nur auf Grund des Entwurses des Parteis vorstandes zu verhandeln. In der lebhaften Debatte betonte u. a. Parteipräsident Reinhard, die Freiheit müsse um jeden Preis verteidigt werden, sie sei ein so hohes Gut, daß das Leben ohne Freiheit nicht lebenswert sei. Nationalrat Schmid wies darauf hin, es sei unehrlich, zu verschweigen, daß auch die heutigen Minderheitssvertreter im Nationalrat dem 6 Millionenkredit für Grenzbesestigungen innerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogrammes zugestimmt haben. Mit 362 gegen 294 Stimmen wurde sodann Zustimmung beschlossen zum Passus, Schutz der Demokratie".

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bekennt sich somit heute zur Landesverteidigung, wenn auch nur mit schwachem Mehr, und unter Borbe = halten: Berweigerung der Aredite, welche dem demokratischen Defensivzweck zuwiderlaufen, Ablehnung der Armee als Werkzeug der herrschenden Klassen. Die beiden Borbehalte sind höchst erstaunlich und erscheinen im ersten Moment völlig überflüffig. Unsere gesamte Landesverteidigung hat ja rein defensiven Charafter, bedingt durch die außenpolitische Neutralität unseres Landes. Es sind noch nie irgendwelche Militärvorlagen oder Aredite beschlossen worden, die diesem Defensivzweck zuwiderlaufen würden. Das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein, solange die Schweiz festhält an ihrer Neutralität. Nun sind es ja ausgerechnet gewisse Sozialdemofraten, denen diefe Neutralität nicht mehr pagt und die am liebsten unser Land in eine antifascistische Einheitssront gegen Deutschland unter französis scher Führung hineinmanövrieren möchten, und die schon geradezu den Kreuzzug gegen das Dritte Reich gepredigt haben. Man wird in Zukunft solche Entgleisungen zurudweisen können schon mit dem Hinweis auf das Parteiprogramm, das so stritte den Defensivzweck der Armee betont. Das war natürlich nicht der Sinn des Borbehaltes, der wohl nur deshalb angebracht murbe, um nicht unbedingt auf die Landesverteidigung verpflichtet zu sein, sondern für jeden Ginzelfall sich die Freiheit der Entscheidung zu mahren, und womöglich jedesmal mit einer Zustimmung eine Konzession auf irgend einem Gebiet eintauschen zu können. Man wird sich künftig bei jeder Militärvorlage die Zustimmung der S. B. S. abkaufen lassen wollen mit politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen. Die absolute Frage ber Lanbesverteidigung foll fünftig ein Sandelsobjekt werden, mit bem die S. P. S. ihre Stellung verbessern möchte! Gleichen Zweden dient natürlich auch der zweite Borbehalt, der sachlich ebenfalls unbegründet und überflüssig ift. Wenn in den letten Jahren Teile ber Armee zu internem Aftivdienst aufgeboten werden mußten, so geschah es immer nur, um brobenben Ausschreitungen und Rubestörungen von linkssozialistischer ober kommunistischer Seite vorzubeugen ober um Wiberstand gegen amtliche Berfügungen zu brechen. Es liegt nur am guten Willen ber margiftischen Parteileitungen, solche Aufgebote für die Zukunft zu verhindern. Auch dieser zweite Borbehalt ist wie der erste nur dazu da, um im gegebenen Moment markten und handeln zu können. Mit solchen Beschlüssen aber hat die Sozialbemokratische Partei in Fragen von größter nationaler Bedeutung einen derartigen Krämergeist offenbart, wie er beschämender faum hätte befundet werden können. Das Bekenntnis

zur Landesverteidigung ist damit nichts anderes als ein konjunkturbedingtes Lippen» bekenntnis. Denn es gibt keine Landesverteidigung unter Borbehalten. Die Landes» verteidigung gehört zu jenen absoluten Problemen, denen gegenüber es nur ein "ja" oder "nein" gibt, aber kein "ja, wenn . . .". Man darf daher auch künstig die Sozialdemokratie nicht zu den Parteien zählen, die die Landesverteidigung bejahen. Viele werden sich zwar doch täuschen lassen durch den Wortlaut des Parteiprosgrammes. Das ist die große Gefahr dieses Lippenbekenntnisses. Deshalb wäre es besser und ehrlicher gewesen, die Partei hätte dem Gegenentwurf zugestimmt, wenn sie doch nicht vorbehaltlos für die Landesverteidigung eintreten kann.

Die ganze Bedeutungslosigkeit dieser sogenannten Bejahung der Landesverteidigung zeigte sich anschließend in der Debatte über die Ausbilbungsvor= lage vom 23./24. Februar 1935, die vom gleichen Parteitag, der sich vorher mehr= heitlich für die Landesverteidigung ausgesprochen hatte, mit 343 gegen 220 Stimmen abgelehnt wurde, tropdem die Vorlage u. a. auch vom Zürcher Stadtpräsidenten Dr. Klöti verteidigt wurde. Mit ihm haben sich noch verschiedene Nationalräte und Gewerfschaftsführer auch in der Presse für die Vorlage eingesett. Die Artikel, die von diefer Seite für die Wehrvorlage geschrieben wurden, sind oft so positiv gehalten, daß sie von bürgerlichen Bersechtern der Borlage nicht besser hätten ge= schrieben werden können. Der aargauische Oberrichter Otto Lanz beispielsweise betonte ausdrücklich, es gebe keine sachlichen Einwände gegen die Ausbildungsvorlage, auch im Parteivorstand, der die Berwerfung beantragt hatte, habe der Sprecher der Geschäftsleitung gegenüber der Borlage keine sachlichen, ihren Inhalt betreffenben Aussetzungen gemacht. Und Nationalrat Grimm erklärte bom Rrankenbett aus in einem Schreiben, es handle fich nicht um eine grundfätliche Frage, jondern um eine militärtechnische. Bon Nationalrat Dr. Arthur Schmid find in zahlreichen Artifeln hauptfächlich außenpolitische Argumente für die Wehrvorlage überzeugend geltend gemacht worden. Er schrieb u. a., man könne bie Mitschuld am Ausbruch eines Krieges auch burch die Berneinungsparole fördern. Der Parteitag hat alle biese Erwägungen in den Wind geschlagen, genau wie vorher der Parteivorstand, und die Bekampfung der Behrvorlage beschloffen. Damit hat er jo eindrücklich als nur irgendwie möglich bewiesen, daß sein Bekenntnis zur Landesverteidigung te i= nen Schuß Pulver wert ift. Ständerat Dr. Rlöti hat übrigens das Urteil über diesen Beschluß vorweggenommen mit der Bemerkung, man werde den Beschluß als eine große Schindluderei bezeichnen. Und Oberrichter Lanz (Margau) hatte vier Tage vor dem Parteitag geschrieben, ein Parteitag, der sich zur Landesverteidigung bekenne, könne aber "- will er noch ernst genommen werden - unmöglich gleichzeitig eine Borlage ablehnen, die nicht mehr will, als biefer Aufgabe dienen". Er hat es boch getan in einer beifpiellofen Rompaflofigkeit, offenbar nur darum, weil man auch der Parteilinken eine Konzession machen wollte, um ihren Abfluß ins Lager der Kommunisten zu verhindern.

In der Tat, eine Partei, die sich solche Schindludereien erlaubt, kann nicht mehr ernst genommen werden. Einmal nicht von ihren Gegnern, die ihre Stellungsnahme zur S. P.S. nicht zu revidieren brauchen. Dann auch nicht von ihren Freunden linksbürgerlicher Richtung, die in wirtschaftlicher Beziehung (Arisensinitiative) gemeinsam mit der S. P.S. und den Gewerkschaften marschieren. Diese Kreise sind durch den Luzerner Parteitag so heftig vor den Kopf gestoßen worden, daß die sozialpolitische Front der Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Bauern) dadurch ernstlich gesährdet ist. Auf alle Fälle werden diese linksbürgerlichen Kreise künstig nur mit größtem Mißtrauen mit der S. P. S. zusammenarbeiten können. Schließelich aber werden auch zahlreiche Arbeiter, Parteimitglieder und Gewerkschaftler die S. P. S. nicht mehr ernst nehmen können nach einer solchen Kompaßlosigkeit. Die nächste Folge wird die sein, daß am 24. Februar troß Parteibeschluß zahlreiche Arbeiter doch sür die Ausbildungsvorlage stimmen werden, namentlich jene, die von

1914 bis 1918 an der Grenze gestanden haben, oder solche, die heute dienstpflichtig sind und die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung am besten erkennen können. Daß die Gewerkschaften und ihre Presse die Haltung zur Wehrvorlage ändern werden, ist ebenfalls kaum anzunehmen.

Mit den widerspruchsvollen Beschlüssen von Luzern hat sich unsere schweizerische Sozialbemokratische Partei ben schwersten Gefahren ausgesett. Das Parteigebäude fracht in den Grundfesten. Der linke Flügel fühlt sich zurückgestoßen durch bie Bestimmungen des Barteiprogrammes, der rechte Flügel durch die unmotivierte Ablehnung der Wehrvorlage. Beide Flügel sind sehr stark. Gine dunnere Mittelschicht laviert zwischen beiden Flügeln hin und her und hat im Grunde die Berantwortung zu tragen für die Schindluderei des Parteitages. Nach ben Stimmengablen war ber linke Flügel in Lugern mit 294 sicheren Stimmen vertreten, ber rechte Flügel mit 220 sicheren Stimmen. Die Mittelgruppe hat im einen Fall bem rechten Flügel 150 Stimmen zur Berfügung gestellt, im andern Falle dem linken Flügel 50 Stimmen, mährend sich die übrigen hundert der Stimme enthielten. Das waren die Stimmverhältnisse am Parteitag. Wie die Stimmung in der Partei aussieht, läßt sich heute nicht feststellen, da der Parteitag die Urabstimmung über bas neue Parteiprogramm verweigert hat. Wenn ein dringender Bundesbeschluß bem Referendum entzogen wird, macht bie S. B. S. bekanntlich bas größte Geschrei um die angebliche Berletung der Demofratie. Innerhalb der Partei aber gebraucht sie die gleichen Mittel; trot starter Gegenfate am Barteitag wird bas Barteiprogramm dem Referendum einer Urabstimmung entzogen. Das ist die ganze bemofratische Grundsattreue unserer S. P. Die Zukunft wird zeigen muffen, wie lange es noch gelingt, die sich scharf widerstrebenden Flügel der Bartei unter einem hut zusammenzuhalten. Es macht ben Anschein, die Bartei sei bald reif für eine Teilung.

• • •

Wir lieben in der Schweiz den Zeitungsthp des farblosen Generalanzeigers nicht. Wo ber Burger in fo weitgehendem Mage berufen ift, an ber Geftaltung bes öffentlichen Lebens äktiv teilzunehmen, da will er kein bloßes Nachrichtenorgan und feine gleichgeschaltete Preffe, fondern eine freie Meinungs= und Gefinnungs= presse, die zu den verschiedenen Fragen einen ganz bestimmten Standpunkt einnimmt - furz, die eine Gefinnung vertritt. Bom Gebiet der Innenpolitif haben wir diese Forderung mit der Zeit auch auf das Gebiet der Außenpolitik übertragen. Tropbem auf diesem Gebiet dem Bürger jedes Mitspracherecht fehlt, verlangt er boch, daß seine Zeitung auch über ausländische Angelegenheiten nicht einfach berichte, sondern dazu Stellung nehme. In dreierlei Sinsicht sind dieser Stellungnahme Grengen gezogen. Einmal muß die Zeitung trot ihrer Stellungnahme mahr berichten. Sie barf nicht die Dinge so barftellen, wie sie sie wünscht, und bamit bem Lefer ein faliches Bild entwerfen, sondern hat die Berhältniffe immer fo gu schildern, wie sie tatsächlich sind. Sodann barf eine Stellungnahme nicht so weit gehen, daß das "Echo vom Pfannenstiel" sich bemüßigt fühlt, der britischen Regierung Lehren und Ratschläge zu erteilen über die Berwaltung Indiens, denn "bei der totalitären Unterschiedlichkeit der Boraussehungen" ist "unser helvetischer Taschenmaßstab kein Maßstab für das Universum", wie im Herbst 1933 Theodor Gut in der "Zürichseezeitung" schrieb. Das britte Sindernis aber liegt für den größten Teil der schweizerischen Redaktoren in der Unkenntnis ausländischer Berhältnisse, die ihnen ohne weiteres eine gewisse Zurückhaltung auferlegen sollte.

Wenn nachstehend einige Fälle herausgegriffen werben, in denen sich schweizerische Zeitungen nicht an die genannten Grenzen gehalten haben in der Berichterstattung und Stellungnahme, so beschränke ich mich zum vorneherein auf bürgerliche Blätter, die es doch sonst, in schweizerischen Angelegenheiten, als Chrenpflicht betrachten, jede Einseitigkeit zu vermeiben und ihre Leser umfassend zu orientierem, im Gegensatzur sozialistischen Presse, die ja bekanntermaßen nur zu Worte kommen läßt, was ihrer Partei frommt, und alles durch die Parteibrille betrachtet und mit dem Parteischeinwerser beleuchtet.

Die Unkenntnis der Berhältnisse als Hindernis für eine Stellungnahme zu ausländischen Angelegenheiten liegt nun kaum vor bei unseren großen Zeitungen, die über einen großen Stab spezialisierter Redaktoren versügen, über ständige Ausslandkorrespondenten und über die nötigen Mittel, sich Informationen und Berichte zu verschaffen von Leuten, die Land und Bolk kennen. Man beachtet denn auch gerade deshalb die Aussandberichte und Artikel unserer großen Zeitungen sehr, und weite Kreise unserer Bevölkerung bilden sich ihre Anschauungen über aussändische Berhältnisse auf Grund der "Reuen Zürcher Zeitung" oder des "Bund", der Basler "Nationalzeitung" oder der "Basler Nachrichten".

Alle diese Leute sind am 15. Januar wie aus den Wolken gefallen, als um 8.15 Uhr der Landesfender bekanntgab, 90 % der Saarstimmen hatten für Deutsch= land gelautet. Wie mar fo etwas möglich, wo doch die maggebenden großen Beitungen des Landes noch bis in die letten Tage zum mindesten eine große Minder= heit für den status quo in Aussicht stellten? überraschend aber war das Rejultat nur für jene, die das Saargebiet nicht gefannt haben. Die Teilnahme von 350 Schweizern als Abstimmungsfunktionäre ist nicht überall gutgeheißen worden. Das eine Gute aber hat sie gehabt, daß diese Schweizer sich an Ort und Stelle überzeugen konnten von der tatsächlichen Stimmung im Saargebiet. Es brauchte dazu feines langen Aufenthaltes. Nach zwei Tagen ichon, bei Beginn ber Abstimmung, haben diefe Leute gewußt, daß die Mehrheit für Deutschland überwältigend sein werde. Und bei der Heimreise mußte ein Redaftor der "Nationalzeitung", der auch als Prajident eines Abstimmungsbureaus gewirkt hatte, von seinen Rollegen manches hören, was er nachher in seinem Bericht nicht veröffentlicht hat. Die Saarabstimmung hat den Beweis erbracht, daß unsere großen Zeitungen ihre Leser über die tatfächlichen Berhältniffe böllig falsch unterrichtet haben. Dieser Auffassung hat beispielsweise in der "Schweizer Freien Presse" Redaktor Boschenstein, der selbst als Abstimmungsbeamter im Saargebiet war, Ausdruck gegeben mit den Worten:

"Unsere großen Schweizerblätter, vorab die "Nationalzeitung" und die "Neue Zürcher Zeitung", waren, das ist das Urteil sehr vieler Schweizer, die an der Saarsahrt 1935 teilgenommen haben, ganz einseitig orientiert. Wer nur ein wenig ins Volk hineinzuhorchen versteht, hatte vor dem 13. Jasnuar begriffen, worum es den Stimmberechtigten ging." Den "Glarner Nachrichten" aber schrieb ein Einsender:

"Darf man es sagen? Diese Saarabstimmung bedeutet aber auch eine geradezu grandiose Blamage für unsere große Presse. Die "Nationalseitung z. B. schrieb noch letzten Freitag (d. h. ihr Vertreter drunten im Saargebiet), ein Sieg der Einheitsfront, der Status quoler, stehe im Bereich der Möglichkeit. Bo hat dieser Mann seine Augen gehabt? Bas die Saarfrage anbelangt, so lebte eine gewisse schweizerische Presse von Bunschträumen."

Im "Berner Tagblatt" schrieb unter dem Zeichen swi ein schweizerischer Wahls bureauvorsitzender:

"Am Freitag, den 11. Januar, las ich in Saarbrücken in einer schweisgerischen, gut dürgerlichen Zeitung, es werde wohl mit 40 Prozent Stimmen sür den Status quo zu rechnen sein. Dazu war der Artikel von einem Korsrespondenten aus der Saar geschrieben. Gleich nach dem ersten Kontakt mit Saarländern war für uns mehr als wahrscheinlich, daß nicht nur 60 Prozent, sondern zum allermindesten bedeutend mehr als 80 Prozent, also eine ganzerdrückende Mehrheit, für Deutschland stimmen würden. Wie gewisse Besobachter so ganz allen Spürsinn verlieren konnten, ist mir und allen andern

Schweizern, mit benen ich hierüber sprach — einfach unerklärlich. Entweder fagen fie die gange Beit in ihren Sotelgimmern, ober fie liegen fich auf irgend eine Beise imponieren - 3. B. burch Rundgebungen ber Status quo-Bewegung, die weitgehend von Emigranten besucht waren, die wohl ein Interesse an der vorläufigen Berhinderung ber Rüdfgliederung ber Saar an Deutich= land hatten, aber gar nicht abstimmungsberechtigt waren. Der endlich hanbelte es sich um Leute, auf die das Sprichwort "Der Bunsch ist der Bater bes Gedantens" angewendet werden muß! - Bie bem auch fei: Auf alle Ralle muß festgestellt werben, bag bie Beltpreffe im allgemeinen und bie Schweizerpreffe im besondern (bei der spezifisch sozialdemokratischen Presse war dies ja nicht anders zu erwarten) dem Leser zu hause ein in wesentlichen Bunkten unzutreffendes Bild von der tatfächlichen Lage gab. - Dies ift bebenklich. Wenn auch einer über das neue Deutschland benken mag, wie er will, so hat er sicher, wenn er zufälligerweise ein schweizerischer — also im Besen neutraler — Beobachter ift, nicht das Recht, dem gutgläubigen Leser zu hause ein manchmal geradezu irreführendes Bilb von der Lage in einer so wichtigen Frage, wie die Saarfrage eine mar, zu geben."

Es wäre interessant, die Hintergründe dieser einseitigen und falschen Saarberichterstattung aufzudecken. Bei der grundsählichen Anonhmität unserer Presse könnte das allerdings nur gelingen, wenn die Zeitungen bekannt geben würden, wer ihnen die Berichte geschrieben hat. Wäre es nicht für den Schweizerischen Presseverein eine dankbare Aufgabe, solchen Dingen einmal nachzugehen?

Die eine gehlerquelle kann bei ben Berichterstattern liegen. Die Bersönlich= feiten sind größtenteils nicht befannt. Auffallend aber ist beispielsweise, daß ber v.-Mitarbeiter ber "Neuen Burcher Zeitung" in Saarbruden, ein Mann mit einem gut schweizerischen Namen, also nicht etwa ein Saarlander oder gar ein Emigrant, in seinen Berichten die Bedeutung und die Zahl der Anhängerschaft der status quo-Bewegung, insbesondere aber ber katholischen Splittergruppe — Volksbund — bes Johannes hofmann, in einem Mage übertreiben tonnte, dag dem Lefer ein erheblich falsches Bild entstand. Die Redaktion ber "Neuen Zürcher Zeitung" ist bem gleichen Fehler verfallen, wenn fie im Montag-Morgenblatt vom 3. Dezember ben v.-Bericht über die Gründung dieser unbedeutenden Splitterpartei an erster Stelle brachte und noch heraushob durch eine zweispaltige überschrift "Eine Wendung im Saarkampf". Der v. Berichterstatter hat dann in seinem Bericht vom 15. Januar klein beigegeben, indem er schreiben mußte, das Abstimmungsresultat habe "in besonderem Mage die ausländischen Journalisten" überrascht, "die wohl alle denselben Tehler begangen hatten, den Darstellungen der status quo= Anhänger mehr Gehör zu schenken als ben Erklärungen ber Deutschen Front"! Pater peccavi!

Der +-Mitarbeiter der "Nationalzeitung" ist nicht bekannt. Seine Saarreportage ist zwar auch als Broschüre erschienen (im Erasmus-Verlag Basel-Wien). Aber während es sonst bei separater Beröffentlichung von Zeitungsartikeln oder
ganzen Reportagen üblich ist, den Verfasser zu nennen, hüllt sich auch die Broschüre
"Krieg um die Saar" in Anonymität. Als Schweizer dürste der Mann unbedenklich
mit dem Namen zu seiner Sache stehen. Daß er es nicht tut, legt allerlei Vermutungen nahe.

Als im Oftober rund 100 000 Eintragungen in die Stimmlisten angesochten wurden, ließ sich der "Bund" aus Saarbrücken melden, angesichts der hohen Zahl dieser Einwendungen könnte die Abstimmung unmöglich am 13. Januar durchgeführt werden. Die Abstimmungskommission aber hat am Termin sestgehalten. Jener "Bund"Bericht stammte zweisellos auch aus Kreisen der Einheitsfront, die eine Zeit lang mit allen Mitteln versucht hat, eine Verschiedung der Abstimmung zu erreichen. Auch hier stellt sich wieder die Frage: Darf eine Zeitung so unbedenklich

Berichte aufnehmen von Leuten, die Partei sind, die daher niemals unsere schweizes rischen Leser objektiv unterrichten können, und deren Berichten man von weitem anmerkt, aus welcher Küche sie stammen, wenn man mit den Verhältnissen auch nur einigermaßen vertraut ist?

Aus der gleichen Küche stammt auch ein Bericht aus Saarbrücken vom 2. Ausgust 1934 in der Freiburger "Liberté", unter der überschrift "Bers une Sarre indépendante". Er hat sogar Eingang gefunden in eine französische Sammlung von Saar-Reportagen "La Sarre"? (Editions des Portiques, Paris), wo ein Kaspitel "La Suisse et la Sarre" ausschließlich Artikel der "Liberté" ausweist.

Die "Basler Nachrichten" brachten in den letzten Tagen vor der Abstimmung Berichte ihres Chefredaktors Nationalrat Deri, der selbst im Saargebiet weilte, und anscheinend doch nicht merkte, wie die Stimmung tatsächlich war. Wenn man bedenkt, daß Herr Deri im Kreise der Bölkerbundsjournalisten, die auch in Saarsbrücken gut vertreten waren, zu Hause ist, so liegt die Bermutung sehr nahe, er habe sich zu viel im Kreise seiner Kollegen aufgehalten und habe zu wenig Konstakt mit dem Bolke gehabt.

Wie im übrigen unsere Journalisten sich informierten, schildert im "Aargauer Tagblatt" ein neutraler Beobachter. Bei der gemeinsamen Wanderung mit dem Bertreter eines großen Schweizer Blattes

"... stellte sich heraus, wie die Journalisten bei Max Braun zu "Presseschmpfängen" geladen waren, wie sie immer wieder mit internationalen Kolslegen aus Frankreich, England, Genf usw. zusammensaßen, statt sich einmal richtig unter das Volk zu mischen, das so freundlich und zugänglich ist, und statt auch einmal aufs Land zu gehen und in einer Arbeiterschenke einen Abend zu verbringen. Sie hätten mehr erfahren, was mancher schweizerische Gemeindeschreiber oder Gerichtsbeamte am ersten Abend bei seinen Logissgebern schon wußte."

Handgreifliche Lügen in der Berichterstattung leistete sich schließlich ein gewisser Dr. Emil Steiner, der verantwortlich zeichnet für die "Europazeitung", die in Basel erscheint und im Grunde nur ein antifascistisches Hethblatt ist. Der Herausgeber biefer Zierbe bes schweizerischen Blätterwalbes war auch einige Tage im Saargebiet. Seine Reise war ihm ein "wahres Erlebnis". Er hat u. a. auch an ben beiben großen Abstimmungsfundgebungen in Saarbruden teilgenommen, und behauptet barüber frisch und froh, auf bem Badenberg feien 60-80 000 Unhänger ber Deutschen Front versammelt gewesen, mahrend am gleichen Tag auf dem Sportplat Rieselhumes "eine Riesenlandsgemeinde von 120-150 000 Anhängern ber Einheitsfront gegen Sitler" ben Worten Max Brauns gelauscht hatte. [Bierzu ift festzustellen, daß der Rieselhumes, ein umgäunter Plat, im höchsten Falle 80 000 Menschen fassen kann! Dr. Steiner durfte an dieser zweiten Rundgebung nicht nur doppelt gesehen haben! Ungesichts der marriftischen Rundgebung der Sitler= feinde schreibt er: "Wahres, echtes Schweizertum ist an der Saar wieder lebendig geworden." Diefer Dr. Steiner ift von der Saar gurudgefehrt mit dem Eindrud: "Benn nicht alles täuscht, erleidet Hitler und sein ganzes europaseindliches System an der Saar die erfte große Riederlage." Es icheint eber, eine gemiffe Schweizer Preffe habe fich an ber Saar eine Riederlage geholt, wie fie beschämenber faum hätte ausfallen können.

Aber es wäre falsch, den Fehler einzig nur bei den Berichterstattern in Saarsbrücken zu suchen. Er liegt auch bei den Redaktionen, die diese Berichterstatter anstellten und ihre Berichte annahmen und veröffentlichten. Zum Teil war — man denke nur an die "Nationalzeitung", die sich dem Kampf gegen Hitler vollends ersgeben hat — eindeutige Tendenz zu beobachten. Wie gewisse Redaktionen sich den Ausgang der Saarabstimmung wünschten, darüber besteht kein Zweifel. Die Shmspathien für den status quo lagen auf der Hand. Während man in der Schweiz

den Marzismus bekämpft, stütte man ihn im Saargebiet, nur weil man hitlet und dem Nationalsozialismus einen Erfolg an der Saar nicht gönnen mochte. Man verschwieg geflissentlich, daß es den Saarländern nicht um Parteipolitik ging, sondern um ihre nationale Zugehörigkeit. Redaktor Böschenstein schrieb deshalb in der "Schweizer Freie Presse":

"Wir müssen nun einmal in unserer öffentlichen Meinung frei werden von diesen Entstellungen des internationalen Radikalssozialismus und der Emigranten; menschlich dürsen wir dabei gleichwohl ihrem Los Berständnis entgegenbringen."

Und noch beutlicher äußerte sich ber schon zitierte Ginsender ber "Glarner Rachrichten":

"Es muß gesagt werden: Die Gegnerschaft gegen den deutschen Nationals sozialismus hat verschiedene schweizerische Zeitungen, vor allem deutschschweizerische, in eine Feindschaft gegen Deutschland überhaupt hineingelotst. Sie hat, diese bürgerliche Presse, ihre Losungsworte sehr oft vom internatios nalen Marxismus übernommen. Es ist höchste Zeit, daß man in gewissen Redaktionsstuden beginnt, die deutschen Verhältnisse objetstiver zu betrachten."

• •

Die Behandlung ber Saarfrage burch einen Teil unserer bürgerlichen Presse ift nur ein Gebiet, auf dem nun durch einen überwältigenden Bolksentscheid allen, die es miffen wollen, offenbar geworden ift, daß fie durch unsere große Preffe irregeführt worden sind. Es gibt noch andere berartige Gebiete. Man bente nur an Ofterreich, über das man bei uns im allgemeinen auch völlig einseitig orientiert ift. Auch hier liegt dieser Erscheinung die gleiche Abneigung zu Grunde wie in ber Saarfrage. Die Ablehnung bes Nationalsozialismus führt bazu, daß freisinnige Blätter der tatholisch-fascistischen Diktatur die Stange halten, und im Gifer der Berteidigung der Unabhängigkeit Ofterreichs gegenüber Deutschland ihren Lesern verschweigen, daß Ofterreich so gut wie ein Protektorat Italiens geworden ift. Unser ichweizerischen Interessen, die jedenfalls durch die Gleichschaltung Biterreichs mit Italien mindestens so gefährdet sind wie sie es durch eine Gleichschaltung mit Deutschland bestimmt waren, werden einfach beiseite gelassen, weil es gilt, ben Nationalsozialismus zu befämpfen, wo man ihn trifft. Auch hier liegt der Fehler einerseits bei den Redaktionen, anderseits bei den Mitarbeitern. Meines Wissens ift nur der "Bund" durch einen schweizerischen Berichterstatter in Wien vertreten. Sehr ausführliche Berichte weniger über Ofterreich, sondern über das, mas die österreichische Regierung gerne haben möchte und wie sie über alle europäischen Fragen dentt, erscheinen jeweils in den "Basler Nachrichten" von 3. N. Sinter diesen Buchstaben stedt Franz Stein, ein Journalist, der völlig im Lager der öfterreichischen Minderheitsregierung steht und u. a. auch eifriger Mitarbeiter an ber "Aktion" des christlichsozialen Wiener Bizeburgermeifters Winter ift. Dag die protestantisch-konservativen "Basler Nachrichten" sich aus Wien ausgerechnet durch einen Regierungsjournalisten berichten lassen uned nachgerade zum ausgesprochenen Auslands-Sprachoft bes Ballhausplates (= öfterreichisches Augenministerium) qeworden sind, ist schon sehr — seltsam. Wer wollte nun noch erwarten, von den "Basler Nachrichten" objektiv über Ofterreich unterrichtet zu werden? — Und wen wundert es, wenn angesichts solcher Berhältnisse das Bertrauen in unsere großen Zeitungen abnimmt?

Gottfried Zeugin.

## Bur weltpolitischen Lage.

#### Römergespräche. / Das italienisch-französische Kolonialabkommen.

In Rom sind die Herren Laval und Mussolini beisammen gewesen. Sie haben tiefernste Gespräche über die Befriedung der bösen Welt gepflogen. Sie haben ihre innigste Seelenfreundschaft entdeckt und sind einander gerührt in die Arme gesunken. Sie haben dieses Bunder der staunenden Welt verkündet und sind in Rom und Paris von den Massen des Volkes stürmisch geseiert worden.

Der Sinn ihrer Gespräche — auf Europa bezogen — war der, daß man sich durchaus einig darüber sei, daß die bösen Nazis stramm in ihre Schranken zurücksgewiesen werden müßten. Der Versuch, ihnen ein unlösbares Net von Verträgen über den Kopf zu stülpen, soll fortgeset werden. Rings um Deutschland herum werden sämtliche Verträge und Grenzen als durch den lateinischen Genius geheiligt erklärt. Jede abweichende Meinung ist ein Vergehen gegen den heiligen Geist. Das alles wurde in Trinksprüchen, Presserklärungen und in den dunksen und kargen Mitteisungen über die zu Papier gebrachten Abkommen der staunenden Welt erklärt. Der liberalssozialistische Ministerpräsident des demokratischen Frankreich hat bloß vergessen zu erklären, ob er sich mit Mussolini darüber geeinigt hat, daß in Sterreich der klerikalen Diktatur freie Hand gegeben werden soll oder der sascistischen Richtung Starhembergs oder ob dort beide Gruppen unter dem wohlwollenden Protektorat Frankreichs und Italiens die Fahne der Habsburger hochziehen sollen. So bleibt auch in diesem Falle undeutlich, was man will, dasür aber sehr deutlich, was man nicht will!

Man war sich auch durchaus einig über den Weg, den man zu gehen hätte, um das durchzudrücken, was man nicht wollte und nicht will. Die Saarabstimmung würde die erwünschte Gelegenheit geben, um dem Deutschen Reiche so lange die Daumenschrauben anzulegen, bis es jede Unterschrift unter die vorbereiteten Versträge setzen würde, die man überhaupt wünschte. Voraussehung war natürlich dabei, daß bei der Saarabstimmung eine so große Minderheit gegen Deutschland herausskommen werde, daß man die Kautschukparagraphen des Friedensvertrages auf dem Genser Gummiboden entsprechend behandeln könnte. Durch diese ganze Rechnung hat inzwischen das Volk an der Saar einen dicken Strich gezogen und damit kann jener Teil der Kömerbesprechungen als erledigt abgeschrieben werden.

Nun ist es aber vollkommen klar, daß der eigentliche Inhalt der Römerbesprechungen nicht der Einstellung gegenüber Deutschland galt. Darüber war man sich in Rom und in Paris ohnehin vorher einig. Die großen Besprechungen galten vielmehr einem reinen Geschäft. Mussolini hatte Frankreich immer zu verstehen gegeben, daß er sür ein Zusammengeben so lange nicht zu haben sei, als Italien nicht seine kolonialen Bünsche einigermaßen besriedigt seien. Frankreich hatte aber bisher um diesen Preis nie die lateinische Freundschaft herstellen wollen. Laval sah sich also in der Zwangslage, entweder Italien in den Rolonien entgegenzukommen oder dann auf die lateinische Front gegenüber Deutschland zu verzichten. Vorteilhaft war es aber für ihn, daß Mussolini seit dem 25. Juli 1934 das deutsche Eisen nicht mehr im Feuer haben konnte und so von selbst etwas billiger werden mußte. Nach monatelangem Zögern ist so schließlich auf der Grundlage eines guten Gedankens, der beiden Partnern gleich gut gesiel, die Romreise Lavals zu Stande gekommen.

Welches war nun dieser Gedanke? Die edlen Lateiner sind offenbar übereinsgekommen, einen Dritten die Hauptkosten ihres Handels tragen zu lassen. Franksreich ist mit Italien einmal über die Abgrenzung Tripolitaniens im Süden einig geworden. Man hat den Italienern das wildeste Stück der Sahara überlassen, das sich ja auf der Karte recht stattlich ausnimmt, das aber Frankreich bei seiner Wertslosseit ruhig preisgeben konnte. Die Fascisten werden vom Tschadsee, dem Vers

bindungsstück der französischen Kolonien im Norden, Nordwesten und Westen Afrikas, doch so weit ferngehalten, daß sie nicht gefährlich werden können. So ist hier das

Entgegenkommen Frankreichs nur sehr relativ zu werten.

Das gleiche ist der Fall bei der Regelung der Lage der Italiener in Tunis. Dort ist im großen Ganzen der bisherige Zustand bekräftigt und in seiner Dauer auf einige Sahrzehnte verlängert worden. Benn man nun weiß, daß die Italiener 1884, bei der Besitzergreifung von Tunis durch die Franzosen, fast die gesamte europäische Bevölkerung in Tunis ausmachten, daß aber seit zwei Jahrzehnten ihre Bahl stehen bleibt, mahrend die ber ansässigen Frangosen ständig machft, bann weiß man auch, daß damit für Stalien nur ein Aufschub erwirkt ift. Langsam, aber sicher jenkt sich die Wage im Ringen um Tunis zu Gunften der Frangosen, die eben die ganze staatliche Macht für ihre Sache einsetzen können und bas auch rücksichtslos tun! So ist auch bas Nachgeben ber Franzosen in Tunis in ber hauptsache scheinbar und Mussolini kann sich damit nur in der Hoffnung abgesunden haben, später hier weiter zu kommen. Dieser ganze Sanbel um Tunis erinnert mich aufs haar an denjenigen, ben uns die Frangosen seinerzeit im ersten Bonenabkommen angeboten haben; wir hätten die ganzen Zonenvorteile noch zehn Sahre bekommen und dann gar nichts mehr gehabt. Jest läßt Frankreich in Tunis bie Zeit für sich arbeiten. Die Frage ist babei nur, ob bie gegenwärtig mit rudfichtslofer Gewalt, mit Preffeverboten, Berbannungen, Ginkerkerungen usw. aufrechterhaltene frangofifche Berrichaft in ber Form auf die Dauer gegenüber der widerstrebenden Masse der Mohammedaner zu halten ist; bas wird sich auch Mussolini fragen!

Der Schwerpunkt bes italienischefranzösischen Kolonialabkommens liegt aber weber in Tripolis noch in Tunis, sondern am Roten Meer. Hier tritt Frankreich den Italienern zwar nicht seine ganze Stellung, aber doch einen wesentlichen Teil ab. Es ist ja freilich in Französisch-Somaliland nicht besonders viel übrig geblieben, seit dem 1898 Kitchener dem Traume eines französischen Kolonialreiches quer durch ganz Ufrika bei Faschoda ein so rauhes Ende bereitet hat. Diese französische Kolonie ist lediglich noch ein trauriges Stück Erinnerung, das doch früher oder später zum Abbruch verurteilt sein muß. Immerhin hatten die Franzosen hier noch eine besqueme Tür zum letzten unabhängigen Staate Ufrikas, zu Abessphien, in der Hand. Wenn sie jetzt hier den Italienern teilweise Platz machen, so ist das die Andeutung dasür, daß sie ihnen in Abessphien freie Hand gewähren. Abessphien soll die Zeche bezahlen!

Nun wird sich natürlich dort in Ostasrika nicht alles so glatt abwickeln. Erstens einmal werden sich die Abessphnier nicht ohne Widerstand einstecken lassen. Zweitens wird auch England dabei mitsprechen wollen. So wird Italien, wenn es wirklich vorgehen will, dort längere Zeit und ausgiebig beschäftigt sein. Gerade das aber ist es vermutlich, was Frankreich will. Gewöhnlich genügt eine solche richtige Kolonialssorge, um eine Großmacht wenigstens für einige Jahre sestzulegen. Frankreich hat das in Shrien und im Rif ersahren, England in Agypten und Indien. Warum soll es nicht auch einmal Mussolini ersahren? Und dabei kostet der Fall Frankreich nichts, als die Aufgabe einer doch uneintreibbaren Hypothek. Nicht einmal diese hat Frankreich jedoch gänzlich gelöscht; es behält den Hauptteil seiner Somalikolonie ja immer noch, um auch noch mitzureden, wenn es der Mühe wert sein sollte.

So ist es schließlich doch zweifelhast, wer bei den Kömerabkommen eigentlich besser abgeschnitten hat? Frankreich hat zwar einige Zahlungen geleistet und Italien hat mancherlei direkt oder indirekt durch Versprechungen erhalten. Aber Wesentliches hat Frankreich nicht preisgegeben; dafür wird es aber auch nichts Wesentliches ershalten, denn über die Dauerhaftigkeit der Freundschaften Mussolinis wird man sich ja in Paris keinen Täuschungen hingeben!

Marau, den 27. Januar 1935.

### Karl Barth.

Wenn wir auch zugeben muffen, mit unseren Betrachtungen oft hinter den Ereignissen zu kommen, so hat das doch den Borteil, daß sich inzwischen der Dunft, der sofort um sie durch eine meisterhafte Bearbeitung unserer hirtenhaft einfältigen ober dann der Mittäterschaft zu zeihenden Presse entwickelt wird, einigermaßen verflüchtigt hat. Es wird ja kaum etwas mitgeteilt, ohne daß zugleich Wichtiges ausgelaffen und die Berbindung mit dem Früheren verwischt wird. Die Bergeflichkeit ber Lefer ift ungeheuer. — Zum Falle bes Theologieprofessors Barth mögen noch einige nachträgliche Bemerkungen gestattet sein. Als Professor an einer staatlichen beutschen Universität sollte er den allgemeinen Beamteneid leisten und zwar auf Hitler. Er war dazu bereit mit dem Borbehalt, daß das göttliche Gebot aller staatlichen Bindung vorgehe. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit und es zu betonen nicht frei von Wichtigtuerei. Es war immer noch Zeit, wenn im einzelnen Falle etwas zugemutet werden follte, was mit dem Gewiffen unvereinbar erschien, bas zu erflären, je nachdem bom Umte zurudzutreten, ober fich abseben zu lassen. Das haben ichließlich auch ichon andere madere Männer getan. Aber zum Borneherein von Macht zu Macht verhandlen, war ein Unding; Serr Professor Barth ift oder war Beamter wie ein anderer auch und konnte für sich keine besondere Behandlung verlangen. Das wird sich keine Berwaltung bieten lassen. Bielleicht macht es rechtlich einen Unterschied, wenn die Regierung den Beamteneid mit Vorbehalt annimmt und nun streitig wird, was Gottes und was des Raisers ist. Da könnte man fagen, diese Entscheidung steht bem Beamten zu, der mit Borbehalt ben Gib geleiftet hat. Und das tonnte für Entschädigungsansprüche wegen aus einem solchen Streit erfolgter Bertragsauflösung wichtig sein. Man ift aber nicht berechtigt, herrn Barth so weitgehende und so weltkluge überlegungen zuzutrauen. Bielmehr scheint er die Regierung vor eine Befenntnis-Erklärung haben stellen wollen, mas keine Regierung annehmen kann. Nun geht aus einer späteren Erklärung einer amtlichen Stelle hervor, daß nicht biese Bewissensfrage ausschlaggebend mar, sonbern Bermeigerung bes beutschen Gruges und Befundungen bei ber Lehrtätigkeit gegen die herrschende Staatsauffassung. Dann versteht man aber nicht, warum bies bei ber Eibesleiftung aufgeworfen wurde, mit ber diese Borwürfe an sich nichts gu tun haben. Aus biefem einfachen Tatbestande wird nun natürlich der beutschen Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie auch hier wieder nicht verstanden habe, einen großen Mann zu halten. Läßt nun aber ichon ber Unspruch bes Berrn Barth auf ausnahmsweise Behandlung Zweifel an seiner Größe auffommen, so werden diese verstärkt, wenn man sich erinnert — was ebenso natürlich wieder verschwiegen worden ist — daß er eingeschriebenes Mitglied ber sozialdem ofratischen Partei war. Das sollte ein Professor in der Schweiz wagen; der könnte etwas erleben in der bürgerlich-tapitalistischen Presse! Nemo weiß nun zwar nicht viel von Herrn Barths Theologie, nur so viel, daß nach ihm die Menschheit durch die Erbjünde aus bem Stand ber Gnabe gefallen ift, und bag ber Gingelne nur burch Gnabe wieber gerettet werden fann. Während doch die sozialistische bestenfalls bahin geht, daß bei besserer Berteilung der irdischen Güter der Einzelne auch seelisch-sittlich vollkommener wird. Das bedeutet aber nichts anderes als ein sehr dürftiger Glaube an die unbegrenzte Möglichkeit des materiellen Fortschrittes, der seine heilsamen Folgen auch auf andere Gebiete, als nur des leiblichen Wohlbehagens ausübt. Wie reimt fich bas zusammen mit herrn Barths Grundauffassung von ber hoffnungslosigkeit, von der Berworfenheit des Menschengeschlechtes ohne göttliche Inade, die zu erlangen bem menschlichen Willen, seinen Anstrengungen entzogen ist? Da spuken offensichtlich noch Ragaz'sche Einflüsse mit. Und was war ober ist nicht Herr Ragaz für ein demütig frommes Kindergemüt! Herr Barth ist denn auch Feind völkischen Selbstbewußtseins, völkischen Willens, sich zur Wehr zu setzen, sich als Volk zu behaupten; und hier finden wir die Übergangsstraße zum Sozialismus. Unsere politischen Spaßvögel werden uns nun wieder versichern, die deutsche Sozialbemokratie sein ganz besonders vortreffliches Wesen und auf alle Fälle jeder völkischen Partei vorzuziehen, sodaß sich ihr anzuschließen immer ein Verdienst sei. In der Schweiz freilich ist Sozialist zu sein eine Verirrung, von der sich Herr Barth frei zu halten wissen werde, wenn es gelingt, ihn hier auf ein theologisches Katheder zu bringen. Damit ist — handgreislich — der oben hervorgehobene Widerspruch nicht beseitigt: solche Schlaumeier-Weisheit muß nach Herrn Barth's großer sittlicher Strenge in die unterste Hölle verbannt werden, und ihm ein offener Bösewicht hundertmal lieber sein, als welcher sich ihm empfiehlt

## Aus Zeit und Streit

## Zum Verständnis für die "National-Zeitung"

kann vielleicht manchem Schweizer der Nachruf dienen, den Emil Ludwig in Nr. 54 der "Nationalzeitung" seinem Freund Dr. Ludwig Bauer gewidmet hat, dem langsjährigen treuen Mitarbeiter der "Nationalzeitung", dessen Leitartikel mit dem Doppelkreuz der Zeitung wesentlich das Gepräge gaben. Emil Ludwig schreibt u. a.:

"Die Neigung seines Herzens lag ganz und gar bei Frankreich; hier war er sogar zuweisen geneigt, manches zu entschuldigen, was nicht ganz in sein Weltbild paßte." — "... und die kleine Trikolore, die in seinem Wohnzimmer hing und seinem übernationalen Wesen widerssprach, drückte eine zärtliche Schwäche aus, die er mit einem Lächeln zu entschuldigen suchte."

Wir wossen Emil Ludwig dankbar sein, daß er so offen zugegeben hat, wes Geistes Kind der aus Österreich stammende Jöraelit Ludwig Bauer war und wes Geistes Kind auch die Leitartikel mit dem Doppelkreuz in der "Nationalzeitung". Ob diese Qualisikation eines Mitarbeiters ein Ruhmestitel sei für eine schweizerische Zeitung, wagen wir zu bezweiseln. Aber man versteht jetzt manches besser bei der "Nationalzeitung". Daneben aber ist der Nachruf auf Ludwig Bauer auch charakteristisch für Emil Ludwig, von dem man nur nicht recht begreift, warum er sich ausgerechnet das schweizerische Bürgerrecht zugelegt hat und nicht ein anderes.

## Bücher Kundschau

## Aus Lucy's Bücherreihe. / Deutsche in der Schweiz.

G. Kellers Schilderung der Liebslingswerke seiner feinen, gescheiten Lucy im "Sinngedicht" läßt einem das Wasser im Mund zusammenlausen. Heute würde ihre Neigung für Lebensbeschreibungen und Briefsammlungen nicht auffallen. Denn die Freude an Biographien erlebt eine Wiedergeburt. Freilich pflegen die Eigenberichte von Lebensmeistern oder Leidensschülern seltener gelesen zu wersen als die Mode gewordenen biographischen Komane, die von ihren Helden oft allzu viel wissen. Drei Bücher der wertsvollen Art liegen vor uns: eine Autos

biographie, eine aus bisher unbekannten Duellen schöpfende Lebensschilderung und ein Briefwechsel. Aus ihrem Reichetum seien hier einige Seiten herausegegriffen, die uns Deutsche in der Schweiz zeigen.

Karl Bernhard Lehmann: "Frohe Lebensarbeit". J. F. Lehmanns Verlag, München. Seh. Mt. 4.50, Lwd. Mt. 6.

Der große Hygieniker und Naturforscher erzählt anspruchslos, was er erlebte und wirkte. Errungenschaften, die wir allzu leicht als selbstverständlich voraussehen, erstehen hier vor unsern